

Politische Konjunkturanalyse

Schwerpunkt:

Das Gerichtsverfahren zum Putschversuch
– Bolsonaro ist verurteilt

von Tilia Götze



Projektbericht
September 2025

KoBra
Kooperation Brasilien

Dossier Shrinking Spaces/ Politische Konjunkturanalyse September 2025

Schwerpunkt: Das Gerichtsverfahren zum Putschversuch – Bolsonaro ist verurteilt

Von Tilia Götze

Inhalt:

1. Allgemeine Entwicklungen	
a. Privatisierung von Wasserstraßen im Arco Norte	S. 2
b. Digitale Deregulierung – Der politische Einfluss von Big Techs	S. 3
2. Schwerpunkt: Das Gerichtsverfahren zum Putschversuch – Bolsonaro ist verurteilt	S.5
a. Antidemokratisches Engagement	S. 5
b. Ermittlungen gegen Bolsonaro	S. 6
c. Stärkung des Bolsonarismus	S. 7
d. Urteil	S. 8
e. Reaktionen	S. 9
f. Kommt Bolsonaro ins Gefängnis?	S. 10
3. Termine	S. 11

Titelbild: Alexandra Segova von Getty Images

Gefördert durch:

Brot mit Mitteln des
für die Welt Kirchlichen
Entwicklungsdienstes

1. Allgemeine Entwicklungen

a. Privatisierung von Wasserstraßen im Arco Norte

Ende August unterzeichnete die Regierung Lula das Dekret Nr. 12.600, welches die Privatisierung von drei Wasserstraßen mit insgesamt ca. 3000 km Länge vorsieht. Das sorgte für Aufruhr unter sozialen Bewegungen und Umweltschützer*innen in Brasilien, während die Regierung von einem Fortschritt spricht.

Betroffen sind 1.075 Kilometer des Rio Madeira, welcher Porto Velho mit Itacoatiara an der Amazonasmündung verbindet, außerdem der 1.731 Kilometer lange Rio Tocantins, welcher Peixe in Tocantins mit Belém verbindet und der Rio Tapajós mit 250 Kilometer, der Itaituba mit Santarém verbindet. Alle Flüsse befinden sich im Amazonasgebiet und dem sogenannten *Arco Norte*, einem Komplex aus Straßen-, Schienen- und Wasserstraßentransporten, der für den Transport von Gütern und Rohstoffen über die Häfen im Norden Brasiliens zuständig ist.

Die Privatisierungen sollen die Wettbewerbsfähigkeit der brasilianischen Agrarwirtschaft steigern. Laut der brasilianischen Regierung würden Zeit und Logistikkosten erheblich eingespart. Die Transportkosten zum Beispiel, könnten durch die vollständige Nutzung der Wasserstraßen um bis zu 40 Prozent gesenkt werden. Otto Burlier vom Ministerium für Häfen und Flughäfen (Mpor) sieht sogar Potential, die Nutzung von Wasserstraßen in Brasilien um 20.000 Kilometer auszuweiten.

Die Wasserstraßen werden durch das Dekret in das Nationale Privatisierungsprogramm (PND - *Programa Nacional de Desestatização*) aufgenommen, was bedeutet, dass private Unternehmen sich bei milliardenschweren Auktionen die Rechte zum Betrieb der Wasserstraßen ersteigern können. Zu den zentralen Kriterien für die Gestaltung der Konzessionen gehören wirtschaftliche Rentabilität, logistische Effizienz, soziale und ökologische Nachhaltigkeit sowie die Sicherheit der Schifffahrt. Das Interesse von Logistik- und Agrarunternehmen ist groß und die ersten Auktionen sollen bis 2026 stattfinden, beginnend mit dem Rio Madeira¹.

Der geplante Betrieb der Wasserstraßen von mehr als 30 Millionen Tonnen Fracht pro Jahr geht mit einem Ausbau der Infrastruktur einher, wofür bereits mehr als 100 Millionen Real an Investitionen geplant sind. Die Flusskanäle sollen vertieft werden, damit Soja, Erze und andere Rohstoffe aus dem Amazonasgebiet international exportiert werden können.

Während die Regierung und der Privatsektor sich durch den Ausbau der Wasserstraßen einen neuen Exportknotenpunkt „Amazonas“ erhoffen, warnen Indigene und traditionelle Gemeinschaften, die an den Flüssen leben, vor der wirtschaftlichen Erschließung und setzen sich dagegen ein. Die Abschnitte durchqueren Quilombola-, Flusssufer- und Indigenengebiete sowie Naturschutzgebiete. Der Rio Tapajós und seine Anwohner*innen sind durch den Transport von Agrarprodukten bereits vielfältigen Belastungen ausgesetzt, darunter Quecksilberschmutzung, Staudamm- und Wasserkraftwerksprojekte, sowie die Auswirkungen von Pestiziden und Dürren.

Der Forscher und Aktivist der Bewegung Tapajós Vivo, Johnson Portela, erforschte die Auswirkungen des Dekrets 12.600. Ihm zufolge sei zu beachten, dass die Region bereits seit dem Bau des ersten Hafens in Santarém unter Umweltverschmutzungen durch die Agrarindustrie leidet:

¹ <https://www.jesocarneiro.com.br/para/lula-assina-decreto-para-privatizar-250-km-do-rio-tapajos-entre-santarem-e-itaituba.html> (Zugriff 14.10.25)

„Heute nimmt die Produktion von Soja und Mais im mittleren und unteren Tapajós, flussaufwärts, zu. Es gibt bereits etwa 28 aktive Häfen aller Art für den Transport, Treibstoff und Düngemittel. Und das hat auch Auswirkungen auf die Städte, Migrationswellen, Immobilienspekulationen, fehlende Stadtplanung“².

Weitere Bauvorhaben, die das Leben und die Territorien der traditionellen Völker des Amazonasgebiets bedrohen, befinden sich auf der Route des Arco Norte, wie beispielsweise der Bau der Eisenbahnlinie Ferrogrão und die Erweiterung der Asphaltierung der BR-163, die als wichtige Route für den Transport der Agrarprodukte aus dem Zentrum - Osten des Landes gilt und direkten Zugang zum Hafen von Miritituba (PA) bietet. Portela spricht von einem „Dominoeffekt der Zerstörung“, welcher durch das Ferrogrão-Projekt und dem Ausbau der BR 163 ins Laufen kam. Teil davon ist auch die Privatisierung der Flüsse. Zu den wichtigsten privaten Hafeninvestoren des Arco Norte gehören große Agrar- und Bergbaukonzerne wie Hydro, Alunorte, Bunge, Cargill, Grupo André Maggi und Vale.

Nach Angaben der Regierung werden die Verträge die gemeinschaftliche Nutzung erhalten und die kostenlose Nutzung für Passagier-, gemischte und kleine nicht-kommerzielle Schiffe gewährleisten. Das Modell umfasst auch soziale Maßnahmen und die Verwaltung kleiner öffentlicher Hafeninfrastrukturen, die für die Flussgemeinden als unverzichtbar gelten. Speziell im Fall der Wasserstraßen Tapajós, Madeira und Tocantins sollen die Umweltverträglichkeitsstudien die Biodiversität, die Wasserqualität, die Dynamik der lokalen Gemeinschaften und Szenarien von Dürren und starken Überschwemmungen aufgrund des Klimawandels analysieren. Vor der Festlegung der Auktionen bekräftigte die Regierung, dass spezifische Konsultationen mit indigenen, Quilombola- und Flussufergemeinden durchgeführt werden, „um das Recht auf vorherige, freie und informierte Konsultation gemäß der Konvention 169 der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) zu gewährleisten“.

Zahlreiche Anwohner*innen sehen in alledem nichts Positives und kritisieren die Regierung scharf³:

„Es ist, als würde die brasilianische Regierung gegen den Kampf gegen die Klimakrise arbeiten.“ - Auricélia Arapiun, indigene Führerin und Mitglied der Organisationen des brasilianischen Amazonasgebiets (Coiab).

„Wir fühlen uns in unseren Rechten verletzt. Die indigenen Völker am Ufer des Tapajós wurden nicht angehört“, versicherte Lucas Tupinambá, stellvertretender Koordinator des Indigenenrats Tapajós und Arapiuns (Cita), der 14 indigene Völker des Unterlaufs des Tapajós vertritt.

„Diese Wasserstraße ist nicht für uns, sie ist für Soja, sie ist für die großen internationalen Transportunternehmen. Was ist das für eine Entwicklung ohne die Beteiligung der Flussanrainer, der Fischer, der Indigenen? Was ist das für eine Entwicklung, die die Mutter der Fische tötet, die für uns Heiligste, nämlich die Flüsse?“, protestierte Alessandra Korap Munduruku in ihren sozialen Netzwerken. „Die COP30 steht vor der Tür, aber wir sehen bereits jetzt, welche großen Vereinbarungen mit den großen Unternehmen getroffen werden.“

b. Digitale Deregulierung – der politische Einfluss von Big Techs

Das Investigativ-Nachrichtenportal Agência Pública veröffentlichte Mitte des Jahres eine Großreportage über den Einfluss der sogenannten „Big Techs“ auf die Politik. Big Techs sind eine ausgewählte Gruppe von milliardenschweren Unternehmen. Dazu gehören die „Big Five“ Meta (Eigentümer von Facebook, WhatsApp und Instagram), Alphabet (Eigentümer von Google), Amazon, Microsoft und Apple, ebenso wie das chinesische Unternehmen ByteDance (Eigentümer von TikTok),

² <https://amazoniareal.com.br/lula-planeja-privatizar-tres-hidrovi-as-da-amazonia/> (Zugriff 20.10.2025)

³ <https://amazoniareal.com.br/lula-planeja-privatizar-tres-hidrovi-as-da-amazonia/> (Zugriff 14.10.2025)

der argentinische Gigant Mercado Livre und neue Akteure im Wettlauf um künstliche Intelligenz wie OpenAI. Zusammen können die Technologiegiganten einen größeren Einfluss auf alle Aspekte des Lebens der Menschen als viele Regierungen haben. Dabei unterscheidet sich die Logik hinter dem Vorgehen von Regierungen und den Big Techs grundsätzlich: Regierungen sind der Gesellschaft gegenüber rechenschaftspflichtig und „dienen“ der Öffentlichkeit, während die Big Techs als Teil der freien Wirtschaft das Ziel der Gewinnmaximierung verfolgen und Rechenschaft nur vor Aktionär*innen ablegen müssen.

Das Zusammenspiel beider Akteure hat sich die Agência Pública im Rahmen des Projekts „A Mão Invisível das Big Techs“ (die unsichtbare Hand der Big Techs) genauer angeschaut. Sie haben, in Kooperation mit zahlreichen internationalen Organisationen⁴, eine Datenbank über beinahe 3.000 Lobbyaktivitäten der Big Techs weltweit erstellt. Darin werden auch Gerichtsverfahren und Gesetzesentwürfe, welche die Technologiebranche betreffen, dokumentiert. Eine Analyse zeigt, wie die Unternehmen Einfluss auch politische Entwicklungen und Gesetze nehmen können.

Die Lobbystrukturen seitens der Technologieunternehmen haben seit 2021 in Brasilien mehrere Gesetzesvorlagen zu Fall gebracht, die ihren Interessen widersprechen. Laut den Analysen spielte hierbei der sogenannte „Drehtür-Effekt“ eine Rolle. Er bezeichnet den Wechsel von Fachkräften zwischen Regierungsämtern und dem Lobbysektor. Ein Beispiel ist der Gesetzesentwurf 2.630/2020 (auch bekannt als PL das Fake News). Er wurde von Parlamentarier*innen und zivilgesellschaftlichen Gruppen vorangetrieben und sollte die Verbreitung von Falschnachrichten regulieren, bzw. eindämmen. Für die Unternehmen würden damit neue Verantwortlichkeiten einhergehen. 2024 erklärte der damalige Präsident der Abgeordnetenversammlung, Artur Lira, den Entwurf jedoch für „tot“.

Im Einsatz gegen das Gesetz spielten vor allem Meta und Google eine große Rolle. Sie führten beide „außergewöhnlich aggressive“ Kampagnen durch: Google stellte den ehemaligen Präsidenten Michel Temer ein, der dann auf seiner Homepage gegen den Gesetzesentwurf warb. Meta schaltete hingegen riesige Anzeigen in Zeitungen und an Flughäfen.

Die Professionalisierung der Lobbyarbeit im Tech-Sektor schreitet in Brasilien seit 2015 rasant voran. Damals begann die Diskussion um das Allgemeine Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (LGPD), welches 2018 verabschiedet wurde. Dieses regelt die Verwendung personenbezogener Daten (auch außerhalb des Internets), verlangt klare Rechtsgrundlagen für deren Erhebung, garantiert den Betroffenen Rechte und sieht Sanktionen bei Verstößen vor. Problematisch sei speziell in Brasilien, dass es dort keine Regulierung der Lobbyarbeit gibt. Es ist beispielsweise, anders als in den USA, erlaubt, Parlamentarier*innen bei einem Abendessen in Lissabon von den eigenen Interessen zu überzeugen – bis hin zur Verfassung von Textentwürfen, welche Parlamentarier*innen für Gesetzesentwürfe vorlegen.

Die Unternehmen haben bei ihrem Engagement in Brasilien die weltweiten Entwicklungen im Blick, insbesondere die im globalen Süden. Laut Expert*innen hat Brasilien nämlich einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Region⁵.

⁴ Beteiligte Organisationen: Agência Pública, Centro Latinoamericano de Investigación Periodística (CLIP), Crikey (Australien), Cuestión Pública (Kolumbien), Daily Maverick (Südafrika), El Diario AR (Argentinien), El Surti (Paraguay), Factum (El Salvador), ICL (Brasilien), Investigative Journalism Foundation – IJF (Kanada), LaBot (Chile), LightHouse Reports (International), N+Focus (Mexiko), Núcleo (Brasilien), Primicias (Equador), Tech Policy Press (USA) e Tempo (Indonesien). Das Projekt wird unterstützt von Reporter ohne Grenzen, El Veinte, La Fábrica Memética.

⁵ <https://apublica.org/2025/09/a-turma-do-block-como-as-big-techs-montaram-equipes-de-lobby-que-derrubam-projetos-de-lei/> (Zugriff 14.10.25)

Auffällig ist in den Analysen auch, dass Politiker*innen, die sich gegen die Regulierung sozialer Netzwerke einsetzen, aus konservativ-rechter Ecke kommen. Sie setzen sich nicht nur gegen das oben erwähnte Allgemeine Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten (LGPD) ein, sondern auch gegen den „Marco Civil da Internet“ (MCI). Er legt Grundsätze wie Meinungsfreiheit, Netzneutralität und Datenschutz fest und definiert die Rechte und Pflichten von Nutzer*innen und Anbieter*innen. Beide Gesetze sind zentrale Säulen der brasilianischen Digital-Regulierung.

Im September 2025 liegen mindestens 73 Gesetzesentwürfe mit Änderungsvorschlägen zu beiden Gesetzen vor, die größtenteils von konservativen Parteien stammen und eine Deregulierung anstreben. Zu den Vorschlägen gehört Gesetzesentwurf PL 1.329/2024 vom Abgeordneten Alberto Fraga (PL-DF), der gerichtliche Entscheidungen untersagt, die Profile unter Berufung auf die Meinungsfreiheit sperren. Der Text ähnelt der vorläufigen Maßnahme MP 1.068/2021, die von Bolsonaro unterzeichnet wurde. Sie verbot die Entfernung oder Sperrung von Inhalten und Profilen „außer aus triftigem Grund“ und hinderte Plattformen daran, Moderationskriterien anzuwenden, die eine „politische, ideologische, wissenschaftliche, künstlerische oder religiöse Zensur“ darstellen würden. Sie wurde später vom Obersten Gerichtshof (STF) für verfassungswidrig erklärt⁶.

2. Schwerpunkt: Das Gerichtsverfahren zum Putschversuch - Bolsonaro ist verurteilt

Am 11. September verurteilte der Oberste Gerichtshof (STF) Jair Bolsonaro, den ehemaligen Präsidenten Brasiliens, zu 27 Jahren Haft. Grund dafür ist Bolsonaros Mitwirkung beim Putschversuch 2023, als er eine Wiederwahl zum Präsidenten gegen Lula da Silva verlor.

a. Antidemokratisches Engagement

Bolsonaros Präsidentschaft von 2018 bis 2022 wird als düstere Zeit beschrieben. Er baute Sozialprogramme ab, schürte Hass und Diskriminierung in der Bevölkerung, leugnete die Corona-Pandemie, lobte die Militärdiktatur und brachte Brasilien wieder auf die WHO-Welthungerkarte. Die Veränderungen während seiner Präsidentschaft waren struktureller Form und zeigen sich bis heute in der brasilianischen Politik und Gesellschaft. Trotz den negativen Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft, vor allem auf ärmere Menschen, wurde er beinahe wieder gewählt. Bolsonaro ist es gelungen, eine breite Unterstützungsbasis seiner Politik und seiner Person aufzubauen. Er erreichte die Leute durch eine Medienstrategie der Falschnachrichten – ähnlich wie Trump – und unter anderem durch seine Nähe zu evangelikalen Kirchen.

Das Nachrichtenportal Agência Pública berichtet, dass sich Bolsonaro schon 2021 bei einem Treffen evangelikaler Führungspersonen in Goiânia sicher war, die nächste Wahl zu gewinnen. Für die Zukunft sah er drei Versionen: „Im Gefängnis sein, tot sein oder siegen“. Die erste Option schloss er dabei mit Überzeugung aus. Ganz im Sinne seines Zweitnamens und seiner Darstellung als „Messias“ habe er zudem gesagt: „Gott hat mich hierhergebracht, und nur Gott kann mich hier wieder herausholen“.

Bereits vor den Wahlen, im Juli 2022, stellte Bolsonaro die Sicherheit des elektronischen Wahlsystems in Brasilien, sowie die politische Neutralität des Obersten Wahlgerichts, infrage. Kritische Medien interpretierten dies als Versuch, das Vertrauen in die Wahlen zu untergraben und den Boden für eine mögliche Anfechtung der Ergebnisse zu bereiten.

⁶ <https://apublica.org/2025/09/direita-preenche-lacunas-do-congresso-com-enxurrada-de-projetos-para-regular-a-internet/> (Zugriff 14.10.25)

Im Oktober 2022 verlor Bolsonaro die Wahl gegen Lula da Silva knapp, mit einem Abstand von 2,1 Millionen Stimmen. Diese Zahlen machen deutlich, wie gespalten das Land war und dies zeigte sich auch in den heftigen Protesten aus dem Bolsonaro-Lager im November und Dezember. Demonstrierende forderten lauthals eine bewaffnete Intervention und LKW-Fahrer*innen blockierten bundesweit Straßen. Zwei Tage vor Lulas Amtseinführung am 1. Januar 2023 reiste Bolsonaro nach Florida in ein Resort des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump. Damit brach er mit der demokratischen Tradition der Übergabe der Präsidentenschärpe. Bolsonaro begründete seine Entscheidung damit, dass er sich nicht der feindseligen Stimmung ihm gegenüber aussetzen wolle.

Acht Tage später stürmten Bolsonaro-Anhänger*innen die Gebäude des Nationalkongresses, des Präsidentenpalasts und des Obersten Bundesgerichts (STF) in Brasilia. Die Demonstrierenden vandalisierten, versprühten Graffiti und zwangen Beamte zur Evakuierung. Die Bilder erinnern an den Sturm auf das Kapitol in den USA 2021, nachdem Trump die Wahl verloren hatte. (mehr zum 8. Januar 2023 im Dossier ... von Uta Grunert).

Bolsonaro blieb circa drei Monate in den USA und knüpfte internationale Netzwerke. Er nahm an der CPAC-Konferenz (Conservative Political Action Conference) teil, einer rechtskonservativen politischen Konferenz, die seit 1973 in den USA und seit 2022 auch international stattfindet. Im März 2023 kehrte er nach Brasilien zurück und sein Sohn Eduardo Bolsonaro zog in die USA, weil in Brasilien Ermittlungen gegen ihn liefen. Er nahm die Vernetzung zu rechtskonservativen Politiker*innen und Unternehmer*innen von seinem Vater auf⁷.

b. Ermittlungen gegen Bolsonaro

Mitte 2023 wurden Bolsonaro vom Obersten Wahlgericht (TSF) die politischen Rechte für acht Jahre aberkannt. Gründe dafür sind einerseits seine Aktivitäten im Juli 2022, als er Misstrauen gegen das Wahlsystem streute und außerdem seine Nutzung des 200-jährigen Jubiläums der Unabhängigkeit für Wahlwerbung. Bolsonaro habe politischen Machtmissbrauch und Missbrauch der Medien begangen und damit gegen das Wahlgesetz verstoßen. Er darf somit bei den Präsidentschaftswahlen 2026 und 2030 nicht kandidieren. Ihm wird zudem vorgeworfen, den Sturm auf das Regierungsviertel am 8. Januar angestachelt zu haben. Bolsonaro bestritt alle Vorwürfe und behauptete, politisch verfolgt zu werden.⁸

Daraufhin begann seine nationale Stimmungsmache: Der ehemalige Präsident begleitete Wahlkampfveranstaltungen der Liberalen Partei (PL) als Wahlhelfer. Er nahm an Demonstrationen in großen Städten teil, hielt ideologische Reden und machte Stimmung gegen den Obersten Gerichtshof (STF) und die Lula-Regierung. Er nahm direkten Einfluss auf die politische Landschaft Brasiliens, stärkte seine Unterstützungsbasis und mobilisierte Anhänger*innen.

Die Ermittlungen gegen Bolsonaro erweiterten sich von seiner Verantwortung im Putschversuch hin zu einer Untersuchung seiner Beteiligung bei Mordplänen des Präsidenten Lula da Silva und des Richters Alexandre Moares. Hinzu kam zudem eine „Untersuchung der digitalen Milizen“ der Bundespolizei mit dem Ziel, die für die Koordination, Durchführung und Finanzierung dieser Operationen Verantwortlichen zu identifizieren und das Netzwerk von Unterstützer*innen und digitalen Akteur*innen zu kartieren. Die Untersuchung ergab die mutmaßliche Beteiligung des ehemaligen Präsidenten und seiner Verbündeten an der Gründung und Finanzierung digitaler Gruppen, die Desinformation verbreiteten und Angriffe gegen politische Gegner*innen, Medien und demokratische Institutionen verübten.

⁷ <https://apublica.org/2025/09/retrospectiva-jair-bolsonaro-completa-de-candidato-a-condenado/> (Zugriff 09.10.2025)

⁸ <https://www.dw.com/de/gericht-amtsverbot-f%C3%BCr-brasiliens-ex-pr%C3%A4sidenten-bolsonaro/a-66085015> (Zugriff 09.10.2025)

Der Fall verstärkte die Debatte über die Grenzen des politischen Handelns im Internet und warf Bedenken hinsichtlich der Integrität des demokratischen Prozesses auf, wodurch Bolsonaro in den Mittelpunkt rechtlicher und politischer Fragen zur Verbreitung von Fake News und Angriffen auf die Demokratie geriet.

Monate später gelangte die Operation „Punhal Verde e Amarelo“ (dt.: Grün-Gelber Dolch) an die Öffentlichkeit. Dabei handelt es sich um einen Putschplan von Militärs, die der Bolsonaro-Regierung nahestanden. Er hatte zum Ziel, die Amtseinführung von Lula (und Alckmin) zu verhindern – inklusive der Ermordung von Amtsträgern, der Schließung von Institutionen und der Einrichtung eines parallelen Krisenstabs. Im November 2024 wurden im Rahmen der Aufarbeitungsoperation „Contragolpe“ (Gegenputsch) Angehörige Militärs in der Planung und ein Bundespolizist verhaftet.

Währenddessen laufen die Ermittlungen gegen Bolsonaro weiter und im Februar 2024 beschlagnahmt die Bundespolizei seinen Reisepass. Daraufhin verbrachte Bolsonaro zwei Tage in der ungarischen Botschaft in Brasília, was zu Spekulationen über politisches Asyl führte. Bolsonaro erklärte, dass er mit den ungarischen Behörden lediglich über brasilianische Interessen gesprochen habe.

c. Stärkung des Bolsonarismus

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen 2024 bestätigen die Wirkung Bolsonaros Aktivitäten und eine Stärkung seiner Unterstützungsbasis, auch auf lokaler Ebene. Auch die Wahl von Donald Trump als Präsident in den USA wirkte sich zugunsten des Bolsonarismus in Brasilien aus. Sie wurde als Stärkung der globalen populistischen Rechten angesehen und inspirierte ähnliche Bewegungen in Brasilien. Bolsonaro-Anhänger*innen interpretierten Trumps Rückkehr als Zeichen dafür, dass der Widerstand gegen demokratische Institutionen erfolgreich sein könnte, was die Hoffnung nährte, die Nichtwählbarkeit Bolsonaros rückgängig zu machen.

Im Februar 2025 erhob die Generalstaatsanwaltschaft PGR schließlich Anklage gegen Bolsonaro und 33 weitere Personen, die an der Planung des Putschversuchs 2022 beteiligt gewesen sein sollen. Der Anklagetext weist auf die Beteiligung von Bolsonaro an Diskussionen über den Einsatz des Militärs und des brasilianischen Geheimdienstes (ABIN) zur Unterstützung des Putschplans hin.

Währenddessen versucht Eduardo Bolsonaro mithilfe der USA Druck auf die Lula-Regierung auszuüben. ... Magnitsky-Gesetz ... Weltweites Aufsehen verursachten die 50%-Zölle, die Trump auf brasilianische Exporte verhängte. Trump begründete die Maßnahme mit einer „politischen Zensur“ und „Hexenjagd“ auf Bolsonaro.

Im Juni 2025 sagte Jair Bolsonaro zum Putschversuch vor dem Obersten Bundesgericht (STF) aus. Der Richter Alexandre de Moraes, setzte die Vernehmung an. Bolsonaro wurde zusammen mit sieben weiteren Angeklagten, die am Putschversuch beteiligt waren, angehört. Während seiner Aussage wies der ehemalige Präsident die Vorwürfe zurück. Seine Verteidigung argumentierte, dass die Vorwürfe der Generalstaatsanwaltschaft unbegründet seien und dass es nicht genügend Beweise gebe, um die Anklage zu stützen⁹.

Anhand von Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen verschiedener Geräte sammelte die Bundespolizei weitere Beweise. Währenddessen ordnete der Richter Moraes Bolsonaro wegen Fluchtgefahr zum Tragen einer elektronischen Fußfessel und nächtlichem Hausarrest an. Auch ein Verbot des Nutzens sozialer Netzwerke kam hinzu. Die Vorwürfe gegenüber Bolsonaro zu dem Zeitpunkt sind: Der Versuch, den Verlauf des Verfahrens zu beeinflussen, die Behinderung der Justiz und der Angriff auf die nationale Souveränität, einschließlich internationaler Absprachen zur Delegitimierung brasilianischer Institutionen. Vier Tage später erklärte der Richter Moraes, dass die Anordnung „Übertragungen, Weiterverbreitungen oder die Veröffentlichung von Audio- und

⁹ <https://apublica.org/2025/09/retrospectiva-jair-bolsonaro-completa-de-candidato-a-condenado/> (Zugriff 09.10.2025)

Videodateien oder Transkripten von Interviews auf allen Social-Media-Plattformen Dritter“ beinhalte. Ein Zuwiderhandeln hätte die Verhängung einer Haftstrafe zur Folge.

Nur wenige Tage darauf verstoß Bolsonaro gegen die Anordnungen: Er hielt eine Rede vor Verbündeten in der Abgeordnetenversammlung, wo er seine Fußfessel zeigte und sagte, dass für ihn nur „Gottes Gesetz“ gelte. Ein Video davon wurde in sozialen Netzwerken seines Sohns Eduardo Bolsonaro und des Abgeordneten Nikolas Ferreira veröffentlicht. Seine Söhne unterstützen ihn in ihren Sozialen Netzwerken. Carlos Bolsonaro veröffentlicht ein Foto seines Vaters mit der Fußfessel und kommentiert „Alexandre de Moraes wird es nicht schaffen, ein ganzes Land zum Schweigen zu bringen“. Eduardo hingegen veröffentlicht ein Video, in dem er weitere Sanktionen aus den USA gegenüber Moraes ankündigt. Der Abgeordnete Nikolas Ferreira macht weiter Stimmung bei einer Kundgebung in São Paulo, wo er Bolsonaro per Video auf dem Smartphone zuschaltet. Er kritisiert: „Alexandre de Moraes, Sie sind ein mutiger Mann. Aber ohne Ihre Robe sind Sie nichts“, erklärte er. „Der STF steht nicht über Brasilien.“

Schließlich verordnet Moraes Jair Bolsonaro Hausarrest und erklärt, dass „die Instrumentalisierung der sozialen Netzwerke durch echte ‚digitale Milizen‘ zu einem der schwerwiegendsten und gefährlichsten Instrumente der Aushöhlung der Demokratie geworden ist“¹⁰.

d. Das Urteil

Insgesamt hat die Generalstaatsanwaltschaft (PGR) 33 Personen angeklagt, die in vier Gruppen unterteilt sind. Die erste Gruppe betrifft 1) entscheidende Führungsrollen und besteht aus acht Personen. Sieben davon sind oder waren Militärangehörige, unter ihnen Jair Bolsonaro, als pensionierter Armeekapitän, Braga Netto, Augusto Heleno, Paulo Nogueira, Almir Garnier, Mauro Cid und Anderson Torres. Die achte Person in dieser Gruppe, Alexandre Ramagem, ist Bundespolizist und ehemaliger Direktor des brasilianischen Geheimdienstes.

Die weiteren angeklagten Gruppierungen bestehen aus 2) Verwaltung, 3) taktische Maßnahmen und 4) Desinformation. Auch hier sind zahlreiche Militär- und Polizeiangehörige vertreten.

Die Sitzungen, die zur Verurteilung führten begannen am 9. September. Der Richter und Berichterstatter Alexandre de Moraes legte zahlreiche Analysen, Beweise und Argumente dar und sprach sich für die Verurteilung aller Angeklagten der ersten Gruppe aus. Fünf Straftaten werden ihnen vorgeworfen: Bewaffnete kriminelle Vereinigung; Versuch der gewaltsamen Abschaffung der demokratischen Rechtsstaatlichkeit; Staatsstreich; durch Gewalt und schwere Drohungen qualifizierter Schaden; und Beschädigung von denkmalgeschütztem Kulturgut. Die Angeklagten „haben alle von der Generalstaatsanwaltschaft der Republik vorgeworfenen Straftaten begangen“, sagte Moraes und fügte hinzu: „Jair Bolsonaro hat die Rolle des Anführers der kriminellen Vereinigung ausgeübt und sich dabei der Struktur des brasilianischen Staates bedient, um sein autoritäres Machtprojekt umzusetzen.“

Am 11. September stimmten schließlich die Mehrheit der Richter*innen des Obersten Gerichtshofs, Cármen Lúcia, Cristiano Zanin, Alexandre de Moraes und Flávio Dino, für die Verurteilung aller Angeklagten. Der Richter Luiz Fux stimmte als einziges dagegen und erachtete alle acht Angeklagten als unschuldig.

Das Urteil gegen Bolsonaro wurde unter Berücksichtigung des hohen Alters des ehemaligen Präsidenten gemildert. Die Strafe von 27 Jahren und 3 Monaten umfasst 24 Jahre und 9 Monate Freiheitsentzug, 2 Jahre und 6 Monate Haft sowie die Zahlung von 124 Tagessätzen. Die Höhe der

¹⁰<https://www.dw.com/pt-br/as-raz%C3%B5es-que-levaram-%C3%A0-pris%C3%A3o-domiciliar-de-bolsonaro/a-73532843> (Zugriff 09.10.2025)

Geldstrafe wurde auf zwei Mindestlöhne pro Tagessatz festgesetzt, was einem Betrag von etwa 376.400 R\$ (ca. 60.600 €) entspricht¹¹.

e. Die Reaktionen

Die Reaktionen in Brasilien verliefen unterschiedlich. Viele Menschen feierten die Verurteilung lautstark auf den Straßen, andere protestierten dagegen. Die Bolsonaro-Anhängerin Ana Oliveira zum Beispiel ist davon überzeugt, dass in Brasilien "alle rechten Politiker als Rechtsextreme verfolgt" würden. "Wir leben in einer Diktatur", sagte sie der brasilianischen Zeitung Folha de S. Paulo¹².

Medien wie SUMAUMA hingegen sprechen davon, dass mit dem Urteil ein Jahrhundert der Straflosigkeit für militärische Putschist*innen endet: „Mit der Beendigung der mehr als hundertjährigen Straffreiheit für Militärputschisten hat der Oberste Gerichtshof Brasiliens das Land in die Reife geführt.“ Die Autorin Eliana Brum betont, dass Bolsonaro „Ergebnis der Unfähigkeit Brasiliens [ist], Mitglieder seines Militärs zu verurteilen, sodass Opfer von Folter oder Kinder von während der Diktatur Ermordeten ihren Folterern und Mördern im Aufzug ihres Wohnhauses, in der Schlange im Supermarkt oder sogar bei Elternabenden in der Schule begegnen müssen, ohne etwas dagegen tun zu können“¹³.

Auch Paulo Borba Casello, Professor für internationales Recht, sieht die Entscheidung als Beispiel für demokratische Standhaftigkeit. Er betont im Interview mit Conexão BdF von Rádio Brasil de Fato, dass „es eine umfassende Verteidigung und Unterstützung durch professionelle Anwälte gab und dass der gesamte Prozess im Einklang mit dem Gesetz und der Verfassung durchgeführt wurde. (...) Brasilien hat sich wie der Erwachsene im Raum verhalten, auf vernünftige, professionelle und überlegte Weise“, urteilt er¹⁴.

Auch deutsche Medien wie das ZDF und DW lobten das Urteil und beschreiben eine Veränderung in der brasilianischen Politik. Die Verurteilung wird als Sieg und als Stärkung der brasilianischen Demokratie betrachtet¹⁵.

Die US-Regierung reagierte hingegen weniger erfreut. US-Präsident Trump zeigte sich überrascht und unzufrieden mit dem Urteil. Er lobte Bolsonaros Aktivitäten und zog Parallelen zu sich selbst: „Ich hielt ihn für einen guten Präsidenten Brasiliens. Und es ist sehr überraschend, dass dies passiert ist. Es ähnelt sehr dem, was sie mit mir versucht haben, aber nicht geschafft haben“, sagte er. Der US-Außenminister Marco Rubio drohte unmittelbar neue Sanktionen gegen Brasilien an und sprach von einer „Hexenjagd“ gegen Bolsonaro. Er kritisiert die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes scharf und nennt Moraes einen „Menschenrechtsverletzer“. Das brasilianische Außenministerium wehrt sich gegen die Vorwürfe auf der Plattform X: „Die brasilianische Justiz hat mit der ihr durch die Verfassung von 1988 garantierten Unabhängigkeit über die ersten Angeklagten des gescheiterten Putschversuchs geurteilt, denen ein umfassendes Recht auf Verteidigung gewährt wurde. (...) Wir werden weiterhin die Souveränität des Landes gegen Angriffe und Einmischungsversuche verteidigen, egal woher sie kommen“¹⁶.

¹¹ <https://apublica.org/2025/09/retrospectiva-jair-bolsonaro-completa-de-candidato-a-condenado/> (Zugriff 09.10.2025)

¹² <https://www.dw.com/de/prozess-jair-bolsonaro-brasilien-demokratie-fakenews-machtmissbrauch-marine-le-pen-yoon-suk-yeol-v2/a-72167334> (Zugriff 09.10.2025)

¹³ <https://sumauma.com/en/dancando-sobre-bolsonaro-e-os-generais/> (Zugriff 09.10.2025)

¹⁴ <https://www.brasildefato.com.br/2025/09/12/condenacao-de-bolsonaro-fortalece-democracia-e-expoe-abusos-dos-eua-avalia-professor-de-direito-internacional/> (Zugriff 09.10.2025)

¹⁵ <https://www.zdfheute.de/politik/ausland/brasilien-bolsonaro-urteil-folgen-100.html> (Zugriff 09.10.2025)

¹⁶ <https://www.cnnbrasil.com.br/internacional/eua-devem-reagir-contra-brasil-apos-condenacao-de-bolsonaro-o-que-sabemos/> (Zugriff 09.10.2025)

f. Kommt Bolsonaro ins Gefängnis?

Der nächste Schritt ist ein bürokratischer, in welchem das Urteil formal Veröffentlicht wird. Das heißt, die Richter*innen des STF halten alle wesentlichen Punkte der Entscheidung in einem Dokument fest. Dafür gilt eine Frist von 60 Tagen. Im Anschluss kann die Verteidigung innerhalb von fünf Tagen Einspruch einlegen. Über den Einspruch entscheiden dieselben Richter*innen, die über das Urteil entschieden haben. Es ist also stark davon auszugehen, dass sie ihm nicht stattgeben.

Andere Rechtsmittel können nur eingelegt werden, wenn mehr als eine*r der fünf Richter*innen gegen das Urteil gestimmt hätten. Da Luiz Fux als Einziger für den Freispruch aller Angeklagten gestimmt hat, ist diese Möglichkeit ausgeschlossen¹⁷.

Was jedoch möglich wäre, ist eine strafrechtliche Revision, wenn neue Elemente im Prozess aufkommen, die während des bisherigen Verfahrens noch nicht bekannt waren. Dies fand im Fall von Lulas Prozess wegen Korruptionsvorwürfen statt. Seine Verurteilung von 2018 wurde 2021 aufgehoben, weil im Nachhinein festgestellt wurde, dass der zuständige STF-Richter Sergio Moro parteiisch gehandelt hatte. Im Falle Bolsonaros halten Expert*innen den Schritt für unwahrscheinlich, denn der Oberste Gerichtshof wies während des gesamten Prozesses bereits zahlreiche Anschuldigungen der Inkompetenz zurück.

Eine andere Strategie, Bolsonaro zu entlasten, fährt die Liberale Partei (PL). Sie setzt sich, neben Anderen, für die Verabschiedung eines Amnestiegesetzes im Nationalkongress ein, welches am Putschversuch 2023 beteiligten Personen Straffreiheit gewähren würde. Verschiedene Jurist*innen sind sich einig, dass mit diesem Gesetz die Möglichkeit bestünde, dass Bolsonaros Urteil keine Wirkung hat. Ein solches Gesetz ist jedoch hoch umstritten und selbst einige Befürworter*innen des Amnestiegesetzes im Nationalkongress möchten Bolsonaro in diese Straffreiheit nicht einbeziehen. Zudem bestehen Zweifel daran, dass das Gesetz Verfassungskonform wäre.

Nun gibt es noch die Möglichkeit der Begnadigung durch den Präsidenten, denn eine solche Befugnis hat er laut Verfassung. Präsidentschaftskandidat für 2026 Tarcísio Freitas, kündigte in einem Interview an, Bolsonaro sofort zu begnadigen, sollte er zum Präsidenten gewählt werden. Ein im Dezember 2024 veröffentlichter Zusatz zum Begnadigungsdekret verbietet jedoch ausdrücklich die Begnadigung von Personen, die wegen Verbrechen gegen den demokratischen Rechtsstaat verurteilt wurden. Das betrifft also genau die Vorwürfe gegen Bolsonaro: Versuch eines Staatsstreichs und die gewaltsame Abschaffung der verfassungsmäßigen Ordnung.

Was außerdem diskutiert wird, ist die Möglichkeit der Verjährung von Bolsonaros Strafe. Auch dieser Weg wird Bolsonaro laut Jurist*innen nicht von der Haftstrafe befreien, denn die Verjährungsfrist richtet sich nach der Höhe der Strafe. Bolsonaro wurde zu 27 Jahren und 3 Monaten Haft verurteilt – bei so einer hohen Strafe beträgt die Verjährungsfrist normalerweise 10 Jahre. Zwar wird diese Frist halbiert, wenn jemand über 70 Jahre alt ist, wie Bolsonaro, aber dann bleiben immer noch fünf Jahre Verjährungsfrist¹⁸.

Abgesehen davon hat Bolsonaro sowohl den Status eines Militärangehörigen, als auch den eines ehemaligen Präsidenten. Beides führt zu einer gewissen Sonderbehandlung, was die Unterkunft angeht. Es gäbe einerseits Räume des Militärs, die für die Unterbringung der wegen Putschversuchs Verurteilten geeignet sind. Andererseits gibt es Sonderzellen bei der Bundespolizei, die für ehemalige Präsident*innen genutzt werden könnten.

¹⁷ <https://www.cartacapital.com.br/politica/quando-bolsonaro-sera-presno-entenda-os-proximos-passos-do-processo-apos-a-condenacao/> (Zugriff 09.10.2025)

¹⁸ <https://apublica.org/2025/09/bolsonaro-condenado-3-alternativas-para-livra-lo-da-prisao/> (Zugriff 09.10.2025)

Eine Möglichkeit, die Jurist*innen für wahrscheinlich halten, ist, dass Bolsonaro die Strafe aufgrund von gesundheitlichen Risiken zu Hause absitzen darf. Hierfür müssten seine Anwalt*innen dem Obersten Gerichtshof ein Gutachten vorlegen¹⁹.

3. Termine

- **24.-26. Oktober 2025, Evangelische Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll**

RTB 2025: Globale Umbrüche – Lokale Kämpfe: Neue Allianzen für Klimagerechtigkeit

Im November richtet sich der globale Blick auf die COP30 in Belém im brasilianischen Amazonasgebiet: Bei der Klimakonferenz geht es um Waldschutz und Klimafinanzierung. Zentrale Akteur*innen sind hier indigene und traditionelle Gemeinschaften. Sie gehören in Belém mit an den Tisch.

Die Tagung bietet drei Wochen vor der internationalen Klimakonferenz die Möglichkeit, Perspektiven zu wechseln und Bündnisse zu stärken. Erwartet werden Partner*innen aus Brasilien, die über territoriale Kämpfe, textilen Aktivismus und Umweltrassismus berichten und sich mit Initiativen in Deutschland vernetzen wollen.

Mehr Infos: <https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/runder-tisch-brasilien/rtb-2025-save-the-date-24-26-oktober-in-bad-boll>

- **29. Oktober 2025, Online, 18:30 Uhr**

Gerechte Landwirtschaft und die COP 30 – Klimakämpfe, Machtverhältnisse und junge Perspektiven

Landwirtschaft ist nicht nur von der Klimakrise betroffen, sondern auch Schauplatz globaler Machtkämpfe um Ressourcen, Land und Ernährungssouveränität. Auf der Klimakonferenz COP 30 in Belém (Brasilien) wird über das globale Ernährungssystem verhandelt.

Doch welche Interessen bestimmen die Diskussion - und welche Stimmen kommen zu kurz?

Anmeldung: <https://www.bundjugend.de/veranstaltungen/gerechte-landwirtschaft-und-die-cop30-klimakaempfe-machtverhaeltnisse-junge-perspektiven/>

Mehr Infos: <https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/termine/gerechte-landwirtschaft-und-die-cop-30-klimakaempfe-machtverhaeltnisse-und-junge-perspektiven>

- **19. November 2025, Belém, Brasilien, COP do Povo, 8:30-12:45 Uhr**

Obras Amazônia e as Questões Socioambientais Globais e Cartas sobre os créditos de carbono

Lançamento dos livros: 1 - Conexões Continentais Portugal-Brasil: Amazônia e as Questões Socioambientais Globais, que trata da crise socioambiental global e direitos humanos; 2 - Cartas sobre os créditos de carbono, que trata das experiências de Carlos Ramos sobre o mercado de carbono no Marajó.

Organizadores: Carlos Ramos, Kátia Maria dos Santos Melo (Uepa), Marcos Mota e Thomas Fatheuer.

¹⁹ <https://www.otempo.com.br/politica/judiciario/2025/9/12/onde-bolsonaro-podera-ficar-presos-para-cumprir-pena-e-quando-moraes-definira-locais> (Zugriff 09.10.2025)

- **6. Dezember 2025, Könzgenzhaus, Haltern am See**

Von der Seifenproduktion zum Klimaschutz – Erfahrungen aus der CasaAmazônica (Manaus)

Wie schafft Adveniat-Partnerin Schwester Elis dos Santos mit der Casa Amazônica wirtschaftliche Alternativen und eröffnet zugleich Handlungsspielräume gegen globale Ungerechtigkeit? Kommt am 6. Dezember ins KönzgenHaus nach Haltern am See: Lernt von ihren Erfahrungen, diskutiert mit lokalen Initiativen und entwickelt gemeinsam Ideen, wie Solidarität vor Ort und global wirkt – ob am Amazonas oder bei uns! Für alle, die sich engagieren oder inspirieren lassen wollen – jetzt anmelden!

Mehr Infos: <https://www.kooperation-brasilien.org/de/veranstaltungen/termine/von-der-seifenproduktion-zum-klimaschutz-erfahrungen-aus-der-casa-amazonica-manaus>